

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gad in Wildbad.

Nummer 93

Fernruf 179

Wildbad, Samstag den 23. April 1921

Fernruf 179

55. Jahrgang

Tagespiegel.

Der württ. Landtag befaßte sich in seiner Freitagssitzung mit dem Polizeisperrgesetz, wobei es zu stürmischen Ausbrüchen zwischen der Sozialdemokratie und Minister Graj kam.

Die amerikanische Regierung hat das Ersuchen der deutschen Reichsregierung, in der Entschädigungsfrage als Schiedsrichter mitzuwirken, abgelehnt.

Die Reichsregierung hat der Entschädigungscommission eine Note zugehen lassen, in der Vorschläge für den Wiederaufbau Frankreichs gemacht wurden.

Im Reichstag gab Minister Dr. Simons eine Erklärung über die Note der Regierung an Präsident Harding ab.

Im preussischen Landtag hat Ministerpräsident Stegerwald seine Programmrede gehalten.

Die Verbandscommission in Oberschlesien empfiehlt die Zuteilung der Bezirke Pleß, Rybnik und Tarnopol mit einer Anzahl weiter vorwiegend polnischer Gemeinden an Polen.

In der englischen Presse wird der Ausruf Deutschlands an Harding als Kniff bezeichnet.

Sonntagsgedanken.

Es wird Frühling.

Es grünt und blüht, es wird Frühling mit jener unerschütterlichen Sicherheit, die wir an allem, was sich sonst um uns her begibt, so schmerzlich vermischen. Ist uns nicht allen eben diese unerschütterliche Zuverlässigkeit der Natur draußen jetzt ein besonderer Trost? Jedes sprießende Blättchen, jede schnellende Kriechpflanze verkündet: Es gibt doch ein Beständiges unter dem Wechsel. Es gibt eine Wiederkehr alles Lebendigen.

M. Kade.

Wochenrundschau.

Im Antikentempel beim Neuen Palais in Potsdam ist die verstorbene Kaiserin Auguste Viktoria am 19. April beigesetzt worden. An der Feuer nahmen viele deutsche Fürsten, über 7000 Offiziere des früheren Heeres, darunter Hindenburg, Lubendorff, Madensen und andere Führer teil. In dem großen Park, in dem der Tempel friedlich gebeitet liegt, soßen nach den Berliner Blättern mehr als 50 000 Menschen in unbächtigem Sitze dem ersten Akt angewohnt haben.

Und drüben in Berlin brodelte unterdessen der Streit in den Parteikreisen weiter. Man konnte sich über die neue Regierung in Preußen nicht einigen, trotzdem schon wochenlang verhandelt worden war. Stegerwald, der am 9. April zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, mühte sich lange vergebens ab, ein Kabinett zusammenzubringen, bald unter die em, bald unter jenem Gesichtspunkt. Galt alles nichts. Endlich bekam Stegerwald die Sache satt. Er einigte sich mit den Demokraten und bildete ein sogenanntes Koalitionsministerium der bürgerlichen Minderheit aus Zentrum und Demokratie. Dann schrieb er dem preussischen Landtag, daß er wegen der persönlichen Angriffe, denen er bei den Verhandlungen mit den Parteien ausgesetzt gewesen sei, die Ministerpräsidentenschaft wieder zur Verfügung frei stelle. Das war natürlich nur eine Formsache, denn es war nicht zu bezweifeln, daß Stegerwald vom Landtag sofort wieder gewählt werde. Das ist denn auch am 21. April geschehen. Von 371 abgegebenen Stimmen fielen 227 auf ihn; er erhielt alle Stimmen der bürgerlichen Parteien. Aber die Sozialdemokraten wählten ihn diesmal nicht, wie sie es am 9. April getan hatten; auf ihren Kandidaten Braun fielen 100 Stimmen. Die Unabhängigen gaben ihre Stimmen nicht dem Sozialdemokraten, sondern ihrem Mitglied Ludwig, der 21 Stimmen erhielt, die Kommunisten gaben weiße (ungültige) Stimmzettel ab. Das preuss. Kabinett besteht nun aus 2 Angehörigen des Zentrums, Stegerwald (Präsident und Wohlfahrt), Am Behnhoff (Justiz) und 2 Demokraten Fischbeck (Handel),

Dominikus (Inneres), von denen die ersten drei schon im bisherigen Kabinett saßen, ferner aus drei Beamten: Präsident des Landesinhaltsamts Kasel Sämisch (Finanzen), Ministerialdirektor Dr. Warmbold (Landwirtschaft) und Staatssekretär Dr. Becker (Kultur). Dr. Warmbold war früher Direktor der landwirtschaftlichen Schule in Hohenheim, ist also wie Sämisch Fachmann. Da nun aber das neue Kabinett parteimäßig von 428 Stimmen nur 110 hinter sich hat, ist es auf die Unterstützung der Rechten, der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angewiesen, die ihm wohl auch nicht verweigert werden dürfte, da Stegerwald sich in diesen Parteien großer persönlicher Beliebtheit erfreut und den Parteien daran gelegen sein muß, endlich eine Stetigkeit in der Regierung herbeizuführen. Die Sozialdemokratie hat durch ihre Abstimmung Stegerwald das Vertrauen entzogen und ist in die Opposition getreten. Die sozialdemokratische Fraktion ist aber die stärkste im Landtag, und wenn auch die bürgerlichen Fraktionen zusammen eine sichere Mehrheit darstellen, so wird die Stellung des Kabinetts doch eine schwierige sein.

Immerhin ist jetzt doch vorläufig in dem größten Bundesstaat wieder ein fester Punkt geschaffen und das wird hoffentlich nicht ohne günstige Rückwirkung auf die Reichsregierung bleiben, denn auch da ist nicht alles im Blei. Im Reichskabinett sollen Meinungsverschiedenheiten über die Entschädigungsfrage bestehen. Die Vorschläge, die Dr. Simons dem Verband durch eine neutrale Vermittlung machen will, haben nicht ungünstigen Anklang gefunden. Auch die missglückte Werbung für eine neutrale Vermittlung soll Bedenken hervorgerufen haben. Die Schweiz und der Vatikan hätten wohl Lin Bedenken getragen, dem Präsidenten Harding den Wunsch der Reichsregierung, die Entschädigungsfrage in die Hand zu nehmen, aus Herz zu legen, wenn sie sich nicht vergewissert hätten, daß der Verband jede Einmischung entschieden ablehne. Frankreich hat das ja auch mit aller Entschiedenheit erklärt. Harding, so heißt es, wäre für sich nicht abgeneigt, aber er wolle von allen beteiligten Staaten dazu angefordert sein.

Da kam nun die überraschende Mitteilung, daß die Reichsregierung durch den amerikanischen Geschäftsträger in Berlin, Drexel, sich selbst im Namen des deutschen Volks an den Präsidenten Harding mit der Bitte gewandt habe, die Vermittlung in der Entschädigungsfrage zu übernehmen und die Zustimmung der Verbündeten herbeizuführen. Die Reichsregierung verpflichtet sich im voraus, seinen Schiedspruch dem Wortlaut wie dem Geiste nach zu erfüllen. Das ist ein Schritt von ungeheurer Bedeutung. Wir wissen aus den Berichten des Pariser „Matin“ über die amerikanische des französischen Sondergesandten Viviani, daß dieser sich in Washington zwar eine glatte Absage in bezug auf die französischen Wünsche über die Anerkennung des Völkerbunds, über ein Waffenbündnis gegen Deutschland, über die Art der Verteilung der deutschen Kolonien und über die Einlegung eines allgemeinen Arbeitsrats geholt hat, aber Harding und seine Regierung haben das Vorgehen des Verbands gegen Deutschland, die Entschädigungsorderungen, die Entwaflung und ebenso die Art der Vereinigung Deutschlands durch Besetzung und andere Sanktionen, den Raub der deutschen Provinzen, Schiffe usw. durchaus gebilligt. Zwar ist Harding ohne Zweifel ein ehelicher Charakter als Wilson, aber von irgendwelchen freundlichen Regungen gegen Deutschland kann bei ihm doch wohl auch keine Rede sein. Darum wäre es ganz unangebracht, von ihm eine für uns günstige Vereinbarung der Verhandlungen zu erwarten.

Der Schritt der Reichsregierung hat bei verschiedenen Parteien des Reichstags eine ungünstige Aufnahme gefunden und es ist wohl möglich, daß die Krise dadurch wieder eine Verschärfung erährt. Zum Glück hat Präsident Harding das Ersuchen der Reichsregierung abgelehnt, mit vielen nichtsagenden Worten, aus denen aber wenigstens soviel hervorgeht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten keineswegs geneigt ist, Deutschland irgendwo zu Hilfe zu kommen, daß sie vielmehr in ihrem Interesse die Entschädigungsfrage zur Zufriedenheit der Verbündeten baldigst erledigt sehen will und zu diesem Behuf ausreichende Vorschläge von Deutschland erwartet. Solche Vorschläge, soweit sie den Wiederaufbau in Frankreich und

Belgien betreffen, sind übrigens zugleich mit der Note an Harding dem Verband bereits übermittelt worden.

Lloyd George und Briand haben nun, wenn sie sich am 23. April in dem englischen Badort Hythe treffen, vollkommen freie Hand. Allerdings wird Harding, um sich auf dem Laufenden zu erhalten, auch einen Beobachter hinschicken, der aber nach der Ablehnung des deutschen Vermittlungsantrags kein großes Hindernis mehr sein dürfte. Marshall Foch hat mit anderen „Sachverständigen“ — die militärischen Sachverständigen spielen die Hauptrolle, seitdem das Wort der „Sanktionen“ für die Gewaltmaßregeln gewählt worden ist — schon einen Plan ausgearbeitet, wie man nach dem 1. Mai, der letzten Frist, die Nichterfüllung des Friedensvertrags austreiben kann. Es soll wieder einen friedlichen Krieg gegen ein wehrloses Volk geben und der Marshall will dazu — auf deutsche Kosten natürlich — ein Freiwilligenheer von 100 000 Mann auf die Beine bringen. Die neuen Sanktionen kennen wir schon aus den französischen Blättern. Das ganze Industriegebiet an der Ruhr und weit hinein nach Westfalen wird besetzt. Die Kohlenruben arbeiten nur noch für den Feind, der bestimmt, wieviel er von der Förderung noch den Deutschen für ihren Gebrauch überlassen will. Er kann aber für Deutschland die Kohlenabgabe ganz sperren, wenn es seine „Vertragspflichten nicht erfüllt“. Obendrein wird auf jede Tonne Kohlen eine Abgabe für den Verband von 50—70 Franken gelegt, der Deutsche muß also künftig seine eigenen Kohlen, wenn er sie erhält, um etwa 1.20 Mark für den Zentner teurer bezahlen ohne die Preissteigerung, die wegen der Lohnerhöhung an sich schon eintreten wird. Von dem Betriebsgewinn der ganzen Industrie jener Gegenden wird der Verband ferner den größeren Teil für sich einstreichen, unbekümmert darum, daß das Privatvermögen ist, das von zwilferten Staaten sonst seit Jahrhunderten respektiert wurde. Aber freilich, sie haben ja auch im Sommer 1919 die Reichsbank der Hälfte ihres damaligen Goldbestands, der 2265 Millionen Mark betrug, beraubt, obgleich die Reichsbank ein Privataktienunternehmen ist, und jetzt verlangen sie, daß der Rest des Goldbestands mit rund 1100 Millionen in die Reichsbankfiliale nach Mainz oder Koblenz unter ihre „Kontrolle“ als „Bürgschaft“ gebracht werde. Wenn auch diese Deckung unseres Papiergelds schwände, so kann man sich vorstellen, was unsere Noten noch wert wären und welche Deuerung kommen müßte. Zur Ergänzung machen die englischen Sachverständigen noch den Vorschlag, das ober-schlesische Industriegebiet als Sonderstaat 30 Jahre lang durch den Verband zu „verwalten“; der Verband könne in dieser Zeit etwa 75 Milliarden Goldmark für sich aus dem Land herauspressen und den hungrigen Polen könne man ja auch ein paar Knochen hinwerfen.

Lloyd George ließ durch sein Blatt „Daily Chronicle“ wissen, daß er gegen die französischen Absichten nichts einzuwenden habe. Mit den neuen Sanktionen ist also ziemlich sicher zu rechnen. Es bleibt nun beinahe nur noch die Hauptsache eine offene Frage: wird der Verband mit den Sanktionen von Hythe mehr Glück haben als mit denen von London? Die 50prozentige Auflage auf die deutsche Ausuhr hat sich in England schon als ein Fehlschlag erwiesen, der die englischen Geschäftsleute fast ebenso schädigt als die deutschen. In den ersten 15 Tagen ist die Einfuhr von Waren, die man in England nicht missen möchte, um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Die Zollabspernung des besetzten Gebiets vom Reich droht zu einer fürchterlichen Inflation zu werden, denn schon am ersten Tag ihres Inkrafts, am 21. April, war die Verwirrung so groß, daß der Güterverkehr fast ganz stockte. In einem so großem Verkehrsgebiet kommt man eben nur mit deutschem Fleisch und deutscher Pünktlichkeit zurecht, aber nicht mit Schamperei und Grobmanigleit. Wenn es nun die Industriellen, die Ingenieure und die Arbeiter im Ruhrgebiet ebenso machen wie die Polizeibeamten in der Pfalz und den Karren stehen lassen? Herr Foch wird ihn auch mit 200 000 Freiwilligen nicht in Gang bringen. Man kann ja, wie es die Rheinlandkommission, die Vertreterin des Völkerbunds, den deutschen Zollbeamten gegenüber getan hat — die Pölzer sind beiseite über den Rhein gegangen —, auch die Ruhrleute für



Skaffen erklären, die bei schwerer Strafe ihre Stelle nicht verlassen dürfen, wenn sie auf das Aushalten der „verbesserten Lebensmittelversorgung“ nicht anbehalten. Aber die Arbeitslust wird dadurch schwerlich angefordert werden und drei Monate — so lange soll die Sanktion dauern — gehen auch herum.

Man muß sich übrigens billig wundern, daß die Reichsregierung es sich gefallen läßt, daß alle diese Gewalttaten immer und täglich mit der „Nichterfüllung des Friedensvertrags“ bemängelt werden und daß so der Welt zum Schaden Deutschlands fortwährend Sand in die Augen gestreut wird. Wer hat den Vertrag verletzt? Deutschland ist es nicht. Und wenn es die von Konferenz zu Konferenz gesteigerten Forderungen nicht erfüllen kann, so ist es nicht seine Schuld. In Paris am 29. Januar d. J. sagte man: der Vertrag von Versailles gilt nicht mehr. Heute heißt es: die Konferenzen von Paris und London sind überholt, es gilt nur noch der Vertrag von Versailles — wie der Verband ihn aufstellt. Es liegt klar auf der Hand: wenn Dr. Simons in London die Pariser Abmachungen auch dem Wortlaut nach angenommen hätte — tatsächlich ist er bekanntlich noch darüber hinausgegangen —, wir hätten den „Sanktionen“ doch nicht entkommen können. Denn Frankreich will das deutsche Geld, aber es will auch den deutschen Rhein und es will uns niederbrücken und demütigen auf jede Weise. Darum sollte, so oft von London oder Paris die Verschuldung der „Nichterfüllung“ erhoben wird, ebenso oft der entschiedenste Widerspruch entgegengerufen werden. Den Feinden ist es nicht zum Ueberdruß geworden, daß die „Nichterfüllung“ sozusagen ihr zweites Wort geworden ist; das Wort hat sich in der Welt eingefressen wie die Lüge von der Kriegsschuld. Lernen wir doch endlich daraus!

Die Vermittlung Hardings erbeten.

Berlin, 22. April. Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Gesandten in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volks beehren sich die Unterzeichneten, trotz des formell noch bestehenden Kriegszustands, an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten Amerika den Antrag zu richten, in der Entschädigungsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die verbündeten Mächte zu zahlen hat.

Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Verbündeten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalte bereit und willens ist, den verbündeten Mächten diejenige Summe als Entschädigung zu bezahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung recht und billig finden sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, seinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben wie dem Geist nach zu erfüllen.

Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte und in unabweisbarer Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hegt die zurechtweisende Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tiefgefühlter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabwendbaren Folgen drohender Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

(Übers.): Fehrenbach. (Übers.): Dr. Simons.

Harding lehnt den Antrag ab.

Berlin, 22. April.

Ein Mitglied der amerikanischen Mission hat dem Reichsminister Dr. Simons die Antwort der amerikanischen Regierung übermittelt, die folgendermaßen lautet: Die amerikanische Regierung ist nicht in der Lage, ihre Zustimmung dazu zu geben, in der Entschädigungsfrage derart zu vermitteln, daß sie als Schiedsrichter an ihrer Regelung mitwirkt. Durchdrungen von dem Ernst der aufgeworfenen Fragen und deren Bedeutung für die ganze Welt, ist die Regierung der Vereinigten Staaten selbst stark an einer baldigen und gerechten Lösung dieser Fragen interessiert. Die amerikanische Regierung wünscht dringend eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen und gibt wiederholt ihrer ernstlichen Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung schnell Vorschläge machen möchte, die eine geeignete Verhandlungsgrundlage bieten. Sollte die deutsche Regierung diesen Weg einschlagen, so will die amerikanische Regierung in Erwägung ziehen, die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen in einer für sie annehmbaren Weise auf die Angelegenheit zu lenken, damit die Verhandlungen bald wieder aufgenommen werden.

Reichstag.

Die Erklärung des Reichsministers Simons.

Berlin, 22. April.

Am Morgen des 22. Aprils fand die Sitzung des Reichstags im Reichstagsgebäude statt. Der Reichspräsident eröffnete die Sitzung um 10 Uhr. Der Reichsminister des Innern, Dr. Simons, macht folgende Mitteilung: Abbruch der Londoner Verhandlungen hat die Reichsregierung als unvermeidlich Schritte getan, um eine neue Grundlage für Unterhandlungen mit den Verbündeten zu finden. Das war nach der Meinung fast sämtlicher Parteien des Reichstags die Frage des Wiederaufbaus. Infolgedessen wurde alsbald mit dem Wiederaufbau ein Plan für die technische Durchführung ausgearbeitet, der nun an die Entschädigungskommission abgelehnt wurde und die verschiedenen Systeme des Wiederaufbaus zur Auswahl gibt. Eines derselben entspricht den Vorschlägen der deutschen Gemeinschaften.

Die zweite Aufgabe war die Beschaffung der Zahlungsmittel. Da Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit aufs äusserste beschränkt ist, so mußte das Hauptansehen gerichtet werden auf Unterlagen für den Plan einer internationalen Anleihe, deren Verzinsung und Tilgung Deutschland zu übernehmen hätte.

Auf dieser Grundlage hat die Reichsregierung mit den Generalen Fühlung zu nehmen gesucht, um wieder zu neuen Verhandlungen zu gelangen. Alle diese Versuche sind aber gescheitert. Wir haben auch an eine Vermittlung Amerikas gedacht, weil Amerika an der Frage beteiligt und von allen Mächten die einseitige ist, deren Finanzkraft sie in die Lage versetzt, welches zur Lösung der Entschädigungsfrage zu tun. Unsere Note ging hinaus auf die unbedingte Annahme der schiedsrichterlichen Entscheidung auf Grund einer eingehenden Prüfung. Damit war Amerika in die Lage versetzt, ein Schiedsverfahren einzuleiten, bei dem Deutschland Gelegenheit gehabt hätte, alle ihm günstigen Vorschläge vorzubringen. Die amerikanische Regierung hat das Angebot nicht angenommen. Die Vermittlung als Schiedsrichter ist abgelehnt, die Vermittlung im gewöhnlichen Sinn jedoch angenommen mit der Einschränkung, daß Deutschland der amerikanischen Realisierung Vorschläge unterbreitet, die die amerikanische Regierung als Grundlage für geeinigt hält.

Es muß nun in Erwägung darüber einzutreten werden, wie die Vorschläge zu gestalten sind, und über diese Frage wird sich zunächst die Regierung selbst schlüssig zu machen haben. Die Kabinetsitzung wird heute nachmittags stattfinden und die Regierung wird erst morgen in der Lage sein, dem hohen Haus über die Gesamtheit ihrer Politik in der Entschädigungsfrage Rede und Antwort zu geben. Die Regierung ist der Überzeugung, daß sie in der Festlegung der Vorschläge bis an die Grenze dessen gehen wird, was das deutsche Volk stillen kann. (Anruhe.) Das ist umso mehr notwendig, als wir leider bei Beurteilung unserer Lage fast das ganze Ausland gegen uns haben. Diese Beurteilung muß allmählich aus der Welt verschwinden, nicht dadurch, daß wir nunmehr Verbrechen machen, von denen wir wissen, daß wir sie nicht halten können, sondern dadurch, daß wir dem Ausland vollständig klaren Wein über unsere Lage einschenken. (Lachen und heftige Zurufe bei den Sozialisten.)

Die Sitzung wird abgebrochen. Nächste Sitzung Samstag 3 Uhr: Entgegennahme einer weiteren Regierungserklärung.

Das Programm Stegerwalds.

Berlin, 22. April. In seiner heutigen Programmsrede im preussischen Landtag erklärte Ministerpräsident Stegerwald: Die Regierung steht einmütig auf dem Boden der Reichs- und preussischen Verfassung. Sie wird die großen Reformen über die Gemeindeverfassung, sowie das Gesetz über die Provinzialautonomie so rasch als möglich vorlegen. Handel und Wandel sind durch die von unseren ehemaligen Feinden geplanten Maßnahmen aufs äußerste bedroht. Beschneidet man die Nerven unseres Wirtschaftslebens, so wird das für die Gläubiger des deutschen Volks und für uns selbst die größten Nachteile haben. Uns droht dann vor allem die Arbeitslosigkeit. Deshalb wird die Regierung die Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge eifrig fördern. In Verbindung hiermit wird die Regierung auf die Erhaltung eines gesunden unabhängigen Mittelstands Bedacht nehmen und auch die Vermehrung des landwirtschaftlichen Mittelstands, sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen eifrig betreiben. In Erfüllung der Reichsverfassung wird das Verhältnis zwischen dem Staat und den Religionsgesellschaften neu zu regeln sein. Die überaus schwierige Lage der preussischen Staatsfinanzen erfordert äußerste Sparsamkeit. Seit der Revolution ist die Frage des Verhältnisses zwischen dem Reich und Preußen niemals zur Ruhe gekommen. Die Regierung wird sich die Pflichten den besten Beziehungen zum Reich anlegen lassen. Zur Zeit tritt die Frage der Neugliederung des Reichs zurück hinter der unbedingten Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Lande, die neben dem Verbleiben von Oberschlesien beim Reich die wichtigste Voraussetzung auch für die Erfüllung der Leistungen aus dem Friedensvertrag ist. Oberschlesien hat sich mit großer Mehrheit entschieden, bei Deutschland zu verbleiben. Soll das Selbstbestimmungsrecht des Volks nach dem Versailler Vertrag nicht zum Gesicht der Welt werden, so ist über das Geschick Oberschlesiens zu Gunsten Deutschlands entschieden. Die sogenannten Sanktionen und die Methoden neuer Gewaltmaßnahmen bedrohen das deutsche Volk mit schwersten Erschütterungen. In der Stunde der Gefahr und schwerster Bedrohungen hat sich das deutsche Volk stets als standhaft gezeigt und so ist anzunehmen, daß auch die Sanktionen unserer ehemaligen Gegner das deutsche Volk eifrig finden werden. Dank der Standhaftigkeit der Rheinländer haben die Sanktionen bisher nicht das erstrebte Ziel erreicht. Sie werden es auch nicht erreichen. Die Regierung wird mit allen ihr zu Verfügung stehenden Mitteln dafür Sorge tragen, daß das Reich den schwer bedrohten Landesteilen Hilfe bringt. Wenn wir jetzt mit unseren Gegnern erneut über die Wiedergutmachung und auszusprechen werden, so muß betont werden, daß alles das, für was die deutsche Unterschrift verlangt wird, im Rahmen der Leistungsmöglichkeit des deutschen Wirtschaftslebens gehalten sein muß.

Neues vom Tage.

Die Mitteilung an die Parteiführer.

Berlin, 22. April. Gestern abend versammelten sich, wie der „Vollanzeiger“ berichtet, die Führer der Reichstagspartei, bei dem Reichsminister Simons, der ihnen von der Abfassung der Note an die amerikanische Regierung Kenntnis gab. Die Abgeordneten Scheidemann (Soz.) und Helfferich (Deutschnational) äußerten lebhaftes Bedenken. Es sei bedauerlich, daß die Reichsregierung das Parlament überrascht und vor eine vollendete Tatsache gestellt habe, statt sich vorher mit ihm ins Benehmen zu setzen. Das sei mit dem parlamentarischen System vereinbar. In der Besprechung wurde mitgeteilt, daß der Vatikan die erbetene Vermittlung abgelehnt habe, weil die vorzeitige Stellungnahme einiger Blätter („Germania“) den Erfolg der Vermittlung unmöglich gemacht habe.

Polnischer Raub.

Berlin, 22. April. Nach dem „Vollanzeiger“ ist das dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen ge-

Viola.

Roman aus dem Leben von Georg v. Pletten.

11) (Nachdruck verboten.)

„Der!“ — sagte die Schwester verächtlich. „Der mit seinen 50 Jahren und überpinselten Haaren?“ — Papa und Mama Wallig hatten aber gleichzeitig eine erste Unterredung. Auch ihnen war der zärtliche Ton nicht entgangen, der in den Reden des Herrn von Pletten lag, und auch sie sahen die bewundernden Blicke, die er nicht von Mathildens Antlitz abwenden ließ, und sie erwogen das Für und Wider einer allensalfigen Heirat.

Dr. Wallig war nicht ganz dagegen. „Er ist ein nicht unvermögender, gefeilter Mann, der es ernst meint. Er hat seine tollen Jahre hinter sich. Er würde Mathilde jedenfalls auf Händen tragen, und die Ehre, eine solche Verbindung einzugehen, ist auch nicht zu unterschätzen.“

„Gerade deshalb glaube ich nicht an seine ernstlichen Absichten“, sagte die Gemahlin. „Ein Graf heiratet nicht so leicht ein bürgerliches Mädchen.“

„Beim Herrn von Pletten vermute ich keine solchen überlebten Standesvorurteile; er ist bereits bei Jahren und sucht meines Wissens nur ein schönes, junges Mädchen, dem er sein Herz zu Füßen legen kann und die es nicht verschmäht.“

„Mathilde aber wird einen so alten Mann sicher nicht heiraten.“

„Nun, 50 Jahre ist für einen Mann noch kein Alter.“

„Aber für Mathilde mit ihren achtzehn Jahren, bedenke!“

„Aber es wäre doch keine zu verachtende Partie!“

„Mathilde wird ihn aber nicht wollen, das steht bei mir fest. Sie kann doch auch andere Ansprüche machen.“

„Sicher, nach der Ausbildung, die ich ihr habe geben lassen.“

„Und bei ihrer Schönheit! Sahst Du nicht, lieber Mann, wie die Herren sie förmlich anbeteten?“

„Ich sah es zu meiner Freude, aber auch zu meiner Besorgnis; ich fürchte, man verwehrt sie in der Gesellschaft zu sehr und sie verliert die Lust am Studium.“

„Soll sie denn noch weiter studieren?“

„Nun, jedenfalls; nachdem sie sich in diesem Winter von den Strapazen des letzten Jahres erholt, wird sie sich noch einer Stelle als Lehrerin in einem Pensionat oder einer vornehmen Familie widmen müssen; sie muß doch das Erlernen zu verwehren und zu verwerten suchen.“

„Nun, wenn Du dieser Ansicht bist — wirst Du wohl auch recht haben“, sagte heischend wie immer, wenn es sich um die Erziehung der Tochter handelte, die Mutter. Damit erdete das Gespräch.

Der Herr Doktor Elven hatte sein Versprechen nicht gehalten. Er hatte keine Visite gemacht. Die nächsten Tage war er durch seine Praxis daran verhindert worden, und so begründete er sich, in einem Billett sein Bedauern auszusprechen, sich nicht über das Befinden des Fräuleins und dessen Eltern persönlich erkundigen zu können.

„Das gleicht ihm“, hatte Mathilde nur kurz bemerkt. Es geht doch nichts über eine gute Erziehung, und die findet so ein Doktor immer. Die große Praxis! Es geht doch nichts über die Reklame!“

„Sage mir, Mathilde, warum sprichst Du eigentlich immer so wegwerfend von Doktor Elven? Ist er nicht nett?“ fragte Hedwig.

„Nein? Sogar bildschön ist er; ein blondgelockter Jüngling, Apollo und Herkules zugleich. Blond, jugendlich und männlich stark. Aber er ist unangenehm, taktlos.“

„Hat er Dich beleidigt?“

„Das gerade nicht, aber er hat sich, natürlich, die Un-

wesenden immer ausgenommen“, sehr abfällig über das Studieren der Damen ausgedrückt. Er meinte das Vielweiser verderbe die Gesundheit und den Charakter der jungen Mädchen.“

„Da lügst er sich aber sehr; das sieht man doch an Dir, liebe Mathilde!“

„Aber er ist nun einmal dieser Ansicht, und — a propos — Du Hedwig bist sein Ideal.“

„Ach?“ rief Hedwig überrascht aus. „Ich? Ich kenne ihn doch gar nicht, und er hat mich wohl auch noch nicht gesehen.“

„Schadet nichts. Er schwärmt für alle Hausmütterchen, und im Gespräch bei Tisch nannte ich Dich so.“

„Wie konntest Du nur, Mathilde! Was wird man von mir denken!“

„Ich habe Dich gelobt, Deine Häuslichkeit und Geschicklichkeit, Schwesterchen! Du wärest noch röter geworden als jetzt, wenn Du dabei gewesen wärest.“

„Scherze nicht! Aber sage mir, Mathilde, hat sich der Doktor durchaus gegen das Wissen der Mädchen ausgesprochen?“

„Nein, er meinte aber, die Herren zögen, wenn nicht Wissen und häuslicher Sinn vereint wären, die häuslich gebildeten Mädchen, d. h. die Hausmütterchen, den gelehrten Damen vor.“

„Und glaubst Du das auch, Mathilde?“

„Ich bin nicht vertraut mit den Ansichten der Herren der Schöpfung“, sagte Hedwigs Schwester, „denenfalls gibt es unter den Herren sehr verschiedene Sorten; und ich möchte bezweifeln, ob z. B. der Herr von Finkenstein sich ein einfach erzogenes Mädchen zur Frau erwählen würde.“

„Du magst recht haben, Mathilde. Aber, um die Wahrheit zu sagen, dieser Herr von Finkenstein gefällt mir nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Hörende Mittergut Tolla vom polnischen Staat beschlagnahmt und dem polnischen Staatschah einverleibt worden. Prinz Friedrich Leopold hat durch seinen Rechtsvertreter beim preussischen Finanzministerium Einspruch erhoben und die Ministerium für den entstandenen Schaden ersatzpflichtig gemacht.

Ratholikentag.

Frankfurt a. M., 22. April. Vom 28.—30. August d. J. wird hier wieder ein allgemeiner deutscher Katholikentag stattfinden, mit dem das 100jährige Bestehen des Bistums Limburg gefeiert wird. Der letzte Katholikentag fand 1913 in Reg. statt.

Die Verwirrung der Zollsperr.

Frankfurt, 22. April. Die Verkehrsstockung an der Zollsperr des Rheins wird ständig größer. Auch in der Pfalz ist der Güterverkehr jetzt ins Stocken geraten. Im Dillfelder Bezirk ist die Ansammlung der Güter so groß, daß die Dillfelder Eisenbahnstelle die Annahme weiterer Zollgüter verweigert. Die Personenkontrolle wurde vorläufig wieder aufgehoben. Im allgemeinen ist der Wirtswar in dem englischen Besatzungsgebiet weniger groß als im französischen. Die Franzosen sind der Lage in keiner Weise gewachsen.

Die bürgerlichen Parteien gegen die sozialistische Regierung in Sachsen.

Dresden, 22. April. Die vereinigten bürgerlichen Parteien gaben am Donnerstag im Verlauf der Haushaltsberatungen eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie mit Rücksicht auf den einseitigen Parteifachcharakter der sächsischen Regierung, der noch durch Äußerungen einzelner Minister bestätigt wurde, vor allem aber durch die Unterstützung der kommunistischen Minister zutage trete, von jetzt jedem Minister ohne Rücksicht auf die Person das Gehalt verweigern werden. Die sozialistischen Abgeordneten verließen darauf den Saal, um die Abstimmung über das Gehalt des sozialistischen Finanzministers, das zur Beratung stand, zu verhindern. Die Abstimmung soll am Dienstag vorgenommen werden, wozu die Sozialisten, die im Landtag eine Stimme Mehrheit haben, vollzählig erscheinen sollen. (Das sächsische Ministerium setzt sich nur aus Mitgliedern der drei sozialistischen Parteien zusammen.)

Berlin, 22. April. Alle kommunistischen Ortsvorsteher der Provinz Sachsen sind ihres Amtes entsetzt worden. — Der kommunistische Ortsverein in Odes-Loe (Hollstein) ist zur sozialdemokratischen Partei übergetreten. — Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Treubler (Bochum) hat seinen Austritt aus der Fraktion erklärt; er wird das Mandat beibehalten, aber vorläufig keiner anderen Fraktion beitreten.

Ein amerikanischer Kriegsgeneralfstab.

Washington, 22. April. General Pershing ist zum Chef des neugegründeten Kriegsgeneralfstabs ernannt worden. Zur Begründung führte der Staatssekretär für den Krieg an, die Vereinigten Staaten könnten im Frieden zu einer schnellen Vorbereitung militärischer Unternehmungen genötigt werden. Der neue Kriegsgeneralfstab werde sich mit den Feldzugsfragen zu befassen haben, während der bisherige Generalfstabschef weiterhin die innere Heeresverwaltung behalten werde.

Niedgang der Kohlenförderung.

Essen, 22. April. Durch den Wegfall der Ueberreicher ist die deutsche Kohlenförderung in den beiden ersten Wochen des April bei gewöhnlicher Siebenstundenschicht um 220 000 Tonnen zurückgegangen.

Arbeitslose als Freiwillige.

Paris, 22. April. Der Abgeordnete Ancel ersuchte den Kriegsminister Barthou, vor Einberufung der Jahresklasse 1919 für 6 Monate Freiwillige anzuwerben. Dadurch würde man den Arbeitslosen zu Hilfe kommen.

Deutsche Maschinen für Serbien.

Belgrad, 22. April. Der Ministerrat nahm das Angebot der deutschen Regierung, wonach Deutschland an Gebote der 9600 Pferde eine entsprechende Menge Maschinen an Serbien liefern soll, an. Die Entschädigungskommission in Paris wurde um die erforderliche Zustimmung ersucht.

Der türkisch-griechische Kampf.

Konstantinopel, 22. April. Die türkische Regierung hat gegen die Unternehmungen der griechischen Flotte im Marmara-Meer und in den Dardanellen beim Verband erneut Widerspruch erhoben.

Im englischen Unterhaus erklärte Lloyd George, die Regierung habe keine Nachricht darüber, daß die Griechen auf die Fortsetzung des Kampfes verzichten wollten.

Die Bolschewisten in Armenien.

London, 22. April. Reuter meldet aus Teheran, die Stadt Erivan sche in Flammen. Die Bevölkerung flüchtete vor den Bolschewisten in der Richtung auf Jangezur und werde von der Nachhut des armenischen Heeres geschützt. Die Bolschewisten haben die hervorragendsten Parteianhänger der demokratischen armenischen Regierung, darunter mehrere Abgeordnete, hingerichtet.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die Androhung neuer Sanktionen durch die Entente zum 1. Mai hat eine fortschreitende Entwertung der deutschen Valuta im Gefolge. Noch am 15. April wurden 100 deutsche Mark in Zürich mit 920 Franken notiert, am 21. waren sie auf 867½ Franken gesunken. In Amsterdam notierten am 21. April 100 deutsche Mark 4,37½ (am 15. 4,62½) Gulden; in Kopenhagen 9,60 (9), in Stockholm 6,80 (6,75) Kronen; in Wien 1018 (1010), in Prag 115,75 (114,25) Kronen; in London 2,60½ (2,47½) Schilling; in New York 1,44 (1,56) Dollar und in Paris 21¼ (22¼) Franken.

Börse. Die schnell herannahende Frist für die Entscheidung in der Entschädigungsfrage hat die Stimmung an den deutschen Börsenplätzen mit wachsender Beunruhigung erfüllt. Die Kaufkraft nahm in dieser Woche von Tag zu Tag ab. Die Spekulation legte sich große Zurückhaltung auf. Immerhin blieb die Börse bis jetzt noch vor einem gar zu großen Kursrückgang verschont. Der Anleihenmarkt zeigte eine ähnlich gute

Haltung; Reichsschatzanweisungen blieben mit 99 behauptet, Kriegsanleihe ging von 77,35 auf 77,30 zurück, 4proz. Württembergische waren mit 80¼ unverändert angeboten.

Produktenmarkt. Günstige Ernteausichten auf Grund des verhältnismäßig guten Saatensstands haben die Stimmung an der Produktionsbörse bis jetzt kaum beeinflusst. Das Anziehen der Devisenkurse macht sich im Maispreis bemerkbar. Im übrigen herrschen Preischwankungen. Am 21. April wurden in Berlin notiert: Weizen 123—135 (unverändert), Futtererbsen 100—120 (+ 10), Raps 175—180 (— 5 bis 10), Leinfaat 180 bis 210 (— 10), Weizen 18—20 (— 1), Stroh 19—20 (— 1 bis 1½), Mais 120 (+ 2 bis 3) Mark.

Warenmarkt. Die immer noch neunjährige Steigerung der Durchschnittspreise für die notwendigen Bedürfnisse im Vergleich zu den F. Lebensmitteln bewirkt eine andauernde Stockung des Warenmarktes. Die letzte Kohlenpreiserhöhung wird jetzt als harmlos angesehen im Vergleich zu der Gefahr einer Besetzung auch des Ruhrgebietes. Das Inkrafttreten des Sperrzolls drückt gleichfalls auf das Geschäft und läßt einen starken Rückgang in manchen Industriezweigen befürchten. Das Interesse für Textilwerte will immer noch nicht zunehmen. Der Schahmarkt hat sich eher eine Kleinigkeit belebt, seitdem die letzten Hüteneinstellungen die Befürchtung neuer Preissteigerungen wachgerufen haben.

Blutmarkt. Feste Preise sind immer noch an der Tagesordnung. Zuchtvieh wird eher teurer als billiger. Ferkel kosten schon wieder 400 Mark das Stück. Die Pferdepreise sind auch auf dem Stuttgarter Pferdemarkt nicht nennenswert heruntergegangen.

Holzmarkt. Eine kleine Belebung der Nachfrage nach Bauholz ist zu verzeichnen, hat aber noch wenig günstig auf die Preise gewirkt. Die Angebote für Rundholz bleiben durchweg unter den Tagen. Der Brettermarkt ist geschäftlos.

Württemberg.

Stuttgart, 22. April. (Vom Rathaus.) In letzter Zeit haben sich die Fälle der mutwilligen Alarmierung der Feuerwehrt mittels der elektrischen Meldeapparate bedenklich gemehrt. Der Gemeinderat hat nun eine Belohnung von 100 Mark für die Ermittlung der Übeltäter ausgesetzt. Ferner beschloß der Gemeinderat, der Stadtgartengesellschaft, deren Mittel erschöpft sind und die sich ohne Hilfe auflösen müßte, den Pachtzins für 1921 zu erlassen und den derzeitigen Abmangel zu decken, wogegen der Stadtverwaltung als Entschädigung des Kassengebäude, der Musikpavillon, das Gewächshaus u. a. überlassen werden. Der Vorschlag, den Stadtgarten in städtischen Betrieb zu übernehmen, wurde abgelehnt.

Stuttgart, 22. April. (Die Landwirtschaftskammer zur Getreidebewirtschaftung.) Der Vorstand der Württ. Landwirtschaftskammer hielt kürzlich eine Sitzung ab, in der der Entwurf eines Haushaltsplans für 1921 durchberaten wurde. Ferner wurde zur Redarlanation Stellung genommen und gefordert, daß die Landwirtschaft bei den mit der Durchführung betrauten Behörden und Organisationen vertreten sein müsse. Zur Getreidebewirtschaftung 1921 nahm der Vorstand folgende Stellung ein: Die Bewirtschaftung des Getreides ist freizugeben; falls die Freigabe nicht zu erreichen ist, ist das Umlageverfahren dem jetzigen System als kleineres Übel vorzuziehen. Bei der Umlage müssen die kleinen Betriebe besonders berücksichtigt und ganz kleine Betriebe überhaupt freigelassen werden. Auf den Hektar dürfen nicht mehr als 8 Ztr. Getreide verlangt werden. Der Rest ist freizugeben. Der Preis für das Umlagegetreide ist nach den Feststellungen der Ermittlungskommission festzusetzen. Anbauvorgang, Beschlagnahme und Mähkontrollen müssen unterbleiben. Die nächste Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer findet am 9. und 10. Mai statt. In der Hauptsache kommen zur Beratung: Der Haushaltsplan 1921; Grundpläne für Lehrprüfungen für die für Viehzucht und Bienenzucht; Reichsnotensteuer und Umsatzsteuer; Landtransport; Getreide- und Milchbewirtschaftung 1921; Freigabe von Schrotmühlen; freier Handel mit Hafer; Redarlanation.

Waihingen a. E., 22. April. (Brand.) Der Dachstuhl der Unteren Apotheke von Dr. E. Schiedt ist gestern abgebrannt. Sämtliche wertvollen Gegenstände des großen Gebäudes wurden rauch grettet.

Münchingen, 22. April. (Gefährliche Raubmörder.) Die vor einigen Wochen wegen Raubmordverdachts in Haft genommenen Mutter und Oherstag, beide von hier, haben nach hartnäckigem Weigern eingestanden, eine alte Frau in Waldshut ermordet und beraubt zu haben. Der Haupttäter ist Mutter. Den beiden Verbrechern werden außerdem noch einige schwere Einbruchsdiebstähle in hiesiger Gegend zur Last gelegt.

Cannstatt, 22. April. (Der Kassenschrank im Redar.) Wasserwärter Gerstner entdeckte in der Nähe des Militärfliegerfelds einen Kasten, den er mit Hilfe eines Fliegenbogens einporzog. Es war der kürzlich dem hiesigen Schuhmacherwerkstatt gestohlene Kassenschrank, in dem sich ursprünglich 6000 Mark Unterstützungsgelder für die ausländischen Schuhmacher befanden. Man fand in ihm außer den für die Dreieckswertloien Akten einen unbeschriebenen 100 Mark Schein.

Baden.

Karlsruhe, 22. April. Der Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung beendete gestern die zweite Lesung der neuen Gemeindeordnung und faßte den Beschluß, daß das Gesetz am 1. Januar 1922 in Kraft treten soll. In kleinen Gemeinden soll das Amt des Ratsschreibers mit dem des Bürgermeister vereinigt werden können. Weiter wurde die Regierungsvorlage insofern wieder hergestellt, als die Ernennung der Gemeindebeamten durch den Gemeinderat erfolgen soll. In das Gesetz wurde dann noch die Bestimmung eingefügt, daß in den kleinen und mittleren Gemeinden die Verpflichtung der Ratsschreiber und Gemeindeführer durch die Aufsichtsbehörde erfolgt.

Grüningen b. Durlach, 22. April. Schon wieder hat ein hiesiger Einwohner seinem Leben ein Ende gemacht. Innerhalb sechs Wochen ist dies der sechste Fall. In sämtlichen Fällen sind zerrüttete Familienverhältnisse die Ursache.

Heidelberg, 22. April. Der Verkehrsverein beabsichtigt, am 2. Juni eine Schloßbeleuchtung vorzunehmen. Die Kriminalpolizei verhaftete drei Fahrraddiebe, bei

dem Althändler Kaltenbach wurde ein Dutzend Fahrräder beschlagnahmt, die er von den Dieben gekauft hatte.

Manheim, 22. April. Der Rheinzoll ist am 20. April in Kraft getreten. Die Meldung, daß er erst am 20. Mai eintreten soll, beruht auf einer Täuschung. Durch den Zoll wird besonders auch der Weinhandel stark in Mitleidenschaft gezogen; der Zoll nach dem unbesetzten rechtsrheinischen Gebiet beträgt 20 Pfg. für das Liter Falschwein und 75 Pfg. für Falschwein, der Zoll ins besetzte Gebiet 50 Pfg. für Falschwein und 1,80 Mk. für Falschwein.

Mosbach, 22. April. Das Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat, Vätermeldeungen zufolge, die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen, der über die näheren Umstände der Frucht des Deutsch-Amerikaners Bergdoll Untersuchung führen und zur Zurückschaffung des Bergdoll aus Deutschland das Erforderliche veranlassen soll.

Thringen a. R., 22. April. Besonders schwerer Schaden ist im Gebiet des Kaiserstuhls durch die letzten Frostnächte hervorgerufen worden. In Kiegel sind die in voller Blüte stehenden Kirchenbäume zum größten Teil erfroren und die Reibbäume überhaupt keinen Ertrag liefern. Aus Kündringen wird das gleiche gemeldet.

Neuenburg b. Mühlheim, 22. April. Die Frau des hiesigen Stationsbeamten zündete nachts im Ofen Feuer an. Die sich entwickelnden Gase strömten in das Zimmer und die Frau fand den Erstickenstod. Ein Kind, dem sie zwei Tage zuvor das Leben geschenkt hatte, kam ohne Schaden davon.

Waldshut, 22. April. In einem hiesigen Laden überfiel zur Nachmittagsstunde ein Unbekannter die Ladenlerin, legte ihr eine Drahtschlinge um den Hals und verstopfte ihr den Mund. Sein Versuch, die Ladenkasse zu öffnen, mißlang. Die bereits bewußtlose Ladenlerin wurde von dem hinzukommenden Ladeninhaber von dem Erstickenstod gerettet.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 22. April. (Schlachtwiechmarkt.) Dem Donnersmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugewiesen: 105 Ochsen, 8 Bullen, 138 Jungbullen, 200 Jungkinder, 287 Kühe, 293 Kälber, 283 Schweine und 2 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Aus 1 Ztr. Lebzeltgewicht wurden erzielt: Ochsen erste Qualität 670—750, zweite 450—620, Bullen erste 530—590, zweite 400—520, Jungkinder erste 670—730, zweite 540—640, Kühe erste 550—650, zweite 380—490, dritte 240 bis 340, Kälber erste 740—780, zweite 660—700, dritte 600 bis 640, Schweine erste 1030—1150, zweite 1000—1050, dritte 900—950, Hammel, geschlachtet, Fleischgewicht 1000 Mk. Verkauf des Wollwolls: mäßig belebt.

Spielplan des Württ. Landestheaters.

Großes Haus, 26. April. Undine (Ans. 7 Uhr). — 27. Wilhelm Tell (6¼). — 28. Boris Godunow (7). — 29. Die Fliege (7¼). — 30. Der fliegende Holländer (7¼). — 1. Mai. Tannhäuser (7). — 2. Weh dem, der lügt (7¼).

Kleines Haus, 25. Einsame Menschen (7). — 26. Peer Gynt (6). — 27. Entführung aus dem Serail (7¼). — 28. Sappho (7¼). — 29. Lis-lott von der Pfalz (7). — 30. Weh dem, der lügt (7). — 1. Mai. Peer Gynt (6).

Lokales.

— Die Feldmühlentzucht hat infolge des Winters und der langanhaltenden Trockenheit sehr zugenommen. Das Ministerium des Innern hat deshalb die Bezirksämter angewiesen, sie mit allem Nachdruck auf die Gemeinden einzuwirken, daß sie sich eine wirksame Bekämpfung der Feldmühlentzucht angelegen sein lassen.

— Der neue Komet, der eine fast genau süd-nördliche Bahn hat, hat am 6. April den Äquator überschritten und befindet sich jetzt nahe dem Sternbild Schwan. Er hat jetzt sechs Sterngrößen und kann bereits mit schwachen Instrumenten wahrgenommen werden, vorausichtlich wird er im Mai auch mit bloßem Auge zu sehen sein. Die Sonnennähe erreicht er am 10. Mai; er wird dann 151 Millionen Kilometer von der Sonne und 111 Millionen Kilometer von der Erde entfernt sein.

Bermischtes.

Hundertjahrfeier für Knipp. Der 100. Geburtstag Sebastian Knipp wird bekanntlich in Bad Wörishofen über die Pfingstferien feierlich begangen. Am Pfingstmontag wird am Pfarrhaus die Gedächtnisfeier für Baer Knipp stattfinden. Am Pfingstmontag, dem Geburtstag Knipp wird voraussichtlich Bischof von Lingg-Augsburg ein Pontifikat halten. Daran schließt sich der Festakt, bei dem der alte Freund Knipp Dr. Baumgartner, die Festrede hält. Dann wird die Grundsteinlegung des Knipp-Museums vorgenommen. Nachmittags bringt die Jugend eine Huldigung dar.

Saßige Straßen. Die Stabskammer in Freiburg i. B. verurteilte zwei Geldschmuggler aus Lahr, die 110 000 Silbermarken im Kraftwagen nach der Schweiz verschleppen wollten, zu je 6 Monaten Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe.

Schmuggel. In Wien wurden der Vorstand der Filiale Stenbal des Wiener Bankhauses Müller, Heinrich Müller, und der Kaufmann Otto Broffe aus Ratenow beim Versuch, 2¼ Millionen ge. österr. Reichsmarknoten nach Deutschland zu schmuggeln, verhaftet.

Antag auf Vielweiberei. Aus Prag wird mitgeteilt, daß ein weiblicher Abgeordneter in tschechoslowakischen Landtag allen Ernstes den Antrag einbrachte, alle Männer unter 50 Jahren sollten nicht etwa das Recht, sondern die Pflicht haben, zwei Frauen sich zu nehmen. Begründet wird dieser Gesetzesvorschlag damit, daß infolge des Krieges ein ungewöhnlicher Mangel an Männern bestehe und auf diese Weise dem Frauenüberfluß abgeholfen werden könne.

Pest. In Alexandria (Ägypten) ist die Pest ausgebrochen. Es werden täglich 35 neue Fälle gemeldet. Alle ausfahrenden Schiffe sind einer Beobachtung unterworfen.

Mutmaßliches Wetter.

Der aus dem Westen kommende Hochdruck hat noch einige Teufstürme in Süddeutschland zu überwinden. Am Sonntag und Montag ist deshalb noch vielfach bedecktes, nur zeitweilig aufhellendes und mit vereinzelt Niederdrücken verbundenen Wetter zu erwarten.



Kath. Gottesdienst. Sonntag, 24. April. 7 1/2 Uhr Frühmesse. 9 1/2 Uhr Predigt und Amt. 10 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht.
 Während der Woche: Montag und Donnerstag keine hl. Messe. In den übrigen Tagen 7 1/2 Uhr hl. Messe.
Beicht: Samstag nachmittag von 4 Uhr, Sonntag früh 6 1/2 Uhr, Werktags vor der hl. Messe.
Kommunion: Sonntag 7 Uhr und bei der Frühmesse, Werktags bei der hl. Messe. Montag nicht. Donners- tag 6 1/2 Uhr.
Ev. Gottesdienst. Sonntag, 24. April. 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 10 1/2 Uhr Kinder- gottesdienst. 1 Uhr Christenlehre: Derselbe.

Stuttgarter Börsenbericht

vom 22. April 1921, mitgeteilt von der Direktion der Diskonto- Gesellschaft, Zweigstelle Wildbad (vorm. Stahl & Federer A.-G.)
 Die Börse verkehrte heut in etwas stabilerer Haltung. Von Bankaktien waren Notenbank weiter gedrückt um 10% (180 bz. u. G), wogegen Vereinsbank 1% (162) höher waren. Brauereiwerte ruhig und wenig verändert. Schwächer lagen Kammgarn Dietzheim um 12% (363 G) Kolb und Schüle um 5% (445) und Baumwolle Ehlingen um 4% (460) während Spinnerei Kotteln 3% (525 G) Kuchen 5% (315 G) Biengener Filz 11% (430 bz) an- ziehen konnten. Von den übrigen Industriewerten zogen

Söhner 5% (415 G), Bachenheim (380), Straßenbahn 1% (86), Stuttgarter Zucker 1% (366), Württ. Metall- waren Geislingen 1% (460) und Ziegelwerke Ludwigs- burg 3% (398 G) an. Stark gefragt und wesentlich höher waren auf Gerücht von höherer Dividende Maschinenfabrik Ehlingen 9% (317 bz und G rat.). Ruhig lag der Frei- verkehr. Apollowerke 218 G, Knorr 230 B, Otto Krumm ca. 176, Ebinger Trikotwaren 124, Brief, Hansa Metall 215 G, 220 B, Glasindustrie Ludwigsburg 149 G, Süd- deutsche Holzwaren 175 G, und Süddeutsche Intarsien 128 G.

Sitzung des Gemeinderats

am Dienstag, den 27. April 1921, nachm. 5 Uhr.
 Tagesordnung:

1. Armensachen.
2. Antrag des Bezirksamts Neuenbürg auf Errich- tung einer weiteren Lehrstelle an der Volksschule in Sprollenhans.
3. Brennholzverförmung der Einwohnerschaft für 1921.
4. Gesuch des Stadtkirchens Schindler um Gehalts- erhöhung.
5. Neuregelung des Milchverkaufs.
6. Verschiedenes.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage kann die Badverwaltung hiesigen Einwohnern Freikarten zum Be- such der Konzerte etc. nicht mehr gewähren. Um aber der Einwohnerschaft entgegenzukommen, werden an diese auf die Kurbetriebszeit gültige Dauerkarten mit den Rechten der vollgiltigen (weißen) Kurtagarten sowohl als auch mit den Rechten der kleinen (roten) Kurtagarten gegen er- mäßigte Gebühr an der Badkasse ausgegeben.

Wildbad, den 22. April 1921.

Badverwaltung.

Ev. Kirchengemeinde Wildbad

Vom 25. April ab wird die geprüfte und richtig be- fundene Rechnung der evgl. Kirchenpflege und der evgl. Diakonissenstation pro 1916/17 während 8 Tagen im Unt- zimmer des Unterzeichneten zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt werden.

Ev. Stadtpfarramt: Dr. Federlin.

Junges fettes

Ruhfleisch,

Pfund Mk. 7.50, zu haben bei
Adolf Krauß, Rathausgasse.



**Schützen-Verein
 Wildbad.**

Sonntag, den 24. April, von halb 2 Uhr an
Schluss-Schiessen;
 ab 4 Uhr

Ausschießen von 2 Ehrenscheiben.

Anschließend
gemütliches Beisammensein
 im „Windhof“, wozu die aktiven und passiven Mitglieder mit w. Familienangehörigen freundlichst einladet
 das Schützenmeisteramt.

Dr. Josenhans

vom 25. April bis 7. Mai verreist.
 Vertreter Dr. Schwab.

Ab Mai: Sprechstunden für Krankentassen:
 Wochentags von 3 bis 5 Uhr.

**Gründlicher Unterricht
 im Klavier- u. Violin-Spiel**

wird erteilt. Ferner empfehle ich mich für
Konzerte in Cafés usw.,
 sowie bei
Hochzeiten und Tanzunterhaltungen.
 Wilh. Wörner, Musiklehrer,
 Palmengarten.

Vieh-Verkauf

Am nächsten Montag, den 25. April von
 morgens 8 Uhr ab habe ich wieder eine Auswahl

**klassiger, hochträchtiger
 Kalbinnen,
 Kälberkühe**



**und schönes
 Jungvieh**

**im Gasthaus zur Eisenbahn
 in Wildbad**

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundl. einladet
W. M. Zündorfer, Aeringen.

Fünzigtausend Meter Stoffe!

werden direkt an Private wie folgt versandt:

Ungebleichtes Baumwolltuch

per Meter Mark 6.—

Ungebleichtes Baumwolltuch

fast unverwüstlich, per Meter Mk. 9.70

Bettzeuge

rot kariert aus prima Garnen, per Meter Mk. 12.—

Hemdenflanelle

gute Qualität, per Meter Mk. 8.90

1 Posten Herrenhemden

sehr haltbar, per Stück 22.—

Nichtgefällendes nehme gerne zurück, daher keine Muster- sendung.

Versandgeschäft Jos. Witt, Welden (Oberpfalz).

Dresdner Bank

Aktienkapital und Reserven
 M. 340 Millionen

Stuttgart Cannstatt
 Heilbronn Ulm

Kakao

Deutschmeister

Hervorragende Qualität

Alleinige Fabrikanten:

PETZOLD & AULHORN A.-G., Dresden.

Vorrätig in den meisten Spezial-, Delikatessen-, Kolonialwaren-Geschäften und Konditoreien.

Felle! für Leder wie
Pelz-
Fabrikation
 kauft zu den
allerhöchsten
Tagespreisen
 an.

Erich Maischhofer,
 moderne Tierausstopferei.

Eindenstr. 52 Pforzheim Telefon 1051

Turn-Verein

Wildbad.

Am Sonntag vormittag
 halb 9 Uhr

haben sämtliche

Turner u. Zöglinge

zu erscheinen, zwecks Frei-

übungen, da Gauvertreter an-

wesend. Anschließend

Fußball-Training.

Nachmittags halb 2 Uhr

Fußball-Wettspiele

mit auswärt. Mannschaften.

Der Turnwart.

Alle Mus.k-

Instrument.

für Haus und

Orchester von

den einfachst.

Schüler bis zu den feinsten

Künstler-Instrumenten, alles

Zubehör, Saiten usw. emp-

fehlt in reichster Auswahl

Musik-Haus Gurth,

Großhandel und Einzelverkauf

Pforzheim, Leopoldstr. 17

(Altaden, Riedauisch-Rohbrücke)

Bettmössen

Befreiung garantiert sofort. Alter

und Geschlecht angeben. Auskunft

umsonst. Versandhaus Westfalia,

Erftenschwid (Westf.) 207.

Färberei Staiger

.. Pfullingen ..

färbt und

reinigt

sachgemäß u.

schnellstens.

Annahmestelle: ..

Marie Rothfuß, Hauptstr. 79,

Wildbad.

Emil Hüger, Friseur, Calmbach.



**Fußball-Verein
 Wildbad.**

vereinig. Fußball- u. Sportverein

Morgen Sonntag

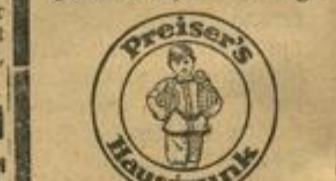


**Wettspiel
 Arnbach**

1. und 2. Mannschaft
 gegen
Wildbad

2. und 3. Mannschaft
 Der Spielausschuss.

Bekömmlich! Billig!



**Preiser's
 Hastrunk**

Unregend! Erfrischend!
 zur Selbstbereitung eines ein-
 zig richtigen Volksgetränks,
 auch zur Verbesserung und
 Streckung des Obstmostes
 und Beerensaftes vorzüg-
 lich. Nur echt mit meiner
 Schutzmarke

Adolf Preiser, Villingen.
 Verkaufsstellen
 werden errichtet.

PERSIL
 wäscht schneeweiß,
 ersetzt Rasenbleiche,
 schon und erhält die Wäsche,
spart Arbeit
Seife u. Kohlen.
 Bestes selbsttätiges
Waschmittel
 Preis Mk. 4.— das Paket.
 Henkel & Cie., Düsseldorf.

Union-Brikett
 sind eingetroffen und nimmt Bestellungen entgegen
 Feig Krauß.

Vortrag im Kühlen Brunnen Wildbad.
 Für den verhinderten
Professor Dr. Kraeger
 spricht am Sonntag Nachmittag 7/4 Uhr
Bruno Roos
 über
Rudolf Steiner u. der deutsche Staat.
 Freie Aussprache.
 Eintritt 1 Mark. Kein Trinkzwang.
 Karten am Saal-Eingang.

Wegen Aufgabe meines Geschäftes unterstelle ich mein
 gesamtes Warenlager, zum Zwecke einer vollständigen Räu-
 mung einem
Total-Ausverkauf.
 Auf sämtliche Waren gewähre ich einen Sonder-Rabatt von
 20%
 Überdies Gelegenheit, sich preiswert und gut mit
Zigarren, Zigaretten u. Tabak
 zu versehen.
Fa. E. Daur, (Inh.: W. Hoffmann).
 Zigarrengeschäft Hauptstraße 100.